

Kleiner Parteitag am 27. Februar 2010 in Dresden

## **Eröffnung durch den Landesvorsitzenden der LINKEN Sachsen, Rico Gebhardt**

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich darf euch ganz herzlich zu unserer gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes, des Landesrates, der Kreisvorsitzenden und der Mitglieder des Fraktionsvorstandes begrüßen. Diese Beratung findet nach unserem Landesparteitag im November 2009 erstmalig in dieser Zusammensetzung statt. Heißt, einige nehmen heute erstmalig an dieser Beratung teil, sie sind mir besonders willkommen. Jedoch möchte ich vor allem zwei GenossInnen bei uns heute begrüßen: Caren Lay und Werner Dreibus.

Werner, herzlich willkommen in Sachsen! Für Caren es ja heute ein Heimspiel. Beide sind für die quotierte Bundesgeschäftsführung vorgeschlagen, dazu später jedoch mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand hat gestern die Tagesordnung für die heutige Beratung noch einmal behandelt und es wurde noch ein zusätzlicher Tagesordnungspunkt aufgenommen, der sich mit einer möglichen Verfassungsbeschwerde gegen das Sächsische Versammlungsgesetz beschäftigen soll. Diesen Tagesordnungspunkt wollen wir unmittelbar nach der Mittagspause behandeln, so, dass sich das Ende der Beratung um ca. 30 Minuten nach hinten verschieben wird, ich hoffe im Namen des Landesvorstandes auf eure Unterstützung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

keinem von euch wird entgangen sein, dass wir in den letzten Wochen, mittlerweile kann man schon von Monaten sprechen eine Debatte um uns selbst führen. Deswegen wollen und müssen wir uns dazu natürlich heute verständigen.

In der Ausgabe Nummer 5 von 2010 wird durch einige Spiegel-Autoren die These aufgestellt, dass Zitat: „Die Linke, deren politischer Aufstieg noch vor kurzem unaufhaltsam war, sich in einem beklagenswerten Zustand“ befinde und „in diesen Tagen das Platzen der kühnen Vision von einer starken linken Bewegung, die 2013 die schwarz-gelbe Koalition ablösen könne, zu besichtigen“ sei. Zitat Ende.

Angesichts der wiederholten Nachrufe, die in den vergangenen 20 Jahren auf die PDS im konkreten und DIE LINKE im Allgemeinen verfasst wurden, ist den zitierten Annahmen der Spiegel-Autoren nicht allzu viel Bedeutung beizumessen. Dennoch stellen die Ereignisse der vergangenen Wochen, zum einen der Rückzug Oskar Lafontaines vom Vorsitz der Bundestagsfraktion und der Bundespartei, zum zweiten die öffentlich inszenierte Demontage Dietmar Bartschs und zum dritten die Vorschläge für die neue Führungsstruktur der Bundespartei eine Zäsur in der jungen Geschichte der Partei DIE LINKE dar.

Der Rückzug von Oskar Lafontaine bedeutet für die LINKE einen herben Einschnitt. Es wird eine Lücke sichtbar, die selbstredend nicht ohne Mühe zu schließen sein wird. Dies allein mit der fragilen Konstitution der Partei zu erklären, greift zu kurz.

Denn bei dieser Verkürzung wird vernachlässigt, dass die LINKE auf noch nicht einmal fünf Jahre Existenz zurückblickt, dass sie als Sammlungspartei und trotz der Existenz in zwischenzeitlich zwölf von sechzehn Landtagen sowie dem Deutschen Bundestag und zwei Landesregierungen mit einer extremen Diskrepanz in organisatorischer Stärke und gesellschaftspolitischer Verankerung zwischen Ost und West konfrontiert ist.

Die Lücke, die Oskar Lafontaine hinterlässt, resultiert deshalb weniger aus der Verfasstheit der Linken, als vielmehr aus der besonderen Rolle der politischen Ausnahmeerscheinung, die der Politiker Lafontaine im deutschen Parteiensystem spielte und weiterhin spielt. Es ist allgemein anerkannt, dass ohne die Initiative von Oskar Lafontaine im Mai 2005 das Projekt „DIE LINKE“ nicht entstanden und erfolgreich gewesen wäre.

Wenn also nun die LINKE einen Vorstand und Vorsitzende nach dem Rückzug Oskar Lafontaines benennen und wählen muss, dann wird damit zwangsläufig das Licht weniger hell strahlen. Es tritt eine Normalisierung ein, die vielfach als Ernüchterung wahrgenommen wird. Diese Ernüchterung muss nicht von Schaden sein. Sie kann vielmehr dazu beitragen sich mit klarem Kopf den erforderlichen Aufgaben zu widmen, die in den vergangenen fünf Jahren vernachlässigt wurden. Dazu gehört insbesondere die Klärung programmatischer und strategischer Fragen.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben freilich gezeigt, dass wir uns noch oft in traditionell schädlichen Konfliktbearbeitungsmustern die aus der Arbeiterbewegung bekannt sind bewegen.

Zitat: „In der Geschichte der Linken gehörte Denunziation häufig dazu. Vor allem nachdem der Stalinismus eingezogen war. Die einen haben die Parteilinie für sich beansprucht, die anderen wurden als Abweichung definiert und mussten zum Teil ihr Leben deswegen lassen. Auch heute gibt es in meiner Partei eine Kommunikation, die gelegentlich denunziatorisch ist. Dagegen wehre ich mich mit aller Kraft.“, sagte Lothar Bisky diese Wochen gegenüber dem Tagespiegel.

Die medial inszenierte Demontage des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch ist zweifellos einen Kulturbruch in der wechselvollen Parteigeschichte seit 1990.

Nicht dass die frühere PDS auf dramatische Momente und erhebliche personelle Konflikte verzichten musste. Im Gegenteil. Erinnerung sei nur an die als kollektive Erpressungen zu interpretierenden Verknüpfungen der Kandidaturen Gysi in den früheren 90er Jahren an die Nichtwahl Sahra Wagenknechts in den PDS-Parteivorstand oder an die Rückzugserklärung von Bisky/Gysi/Brie auf dem Münsteraner PDS-Parteitag des Jahres 2000.

Die Landesvorsitzenden haben am Abend des Neujahrsempfanges der Bundestagsfraktion und in den frühen Morgenstunden in einer mehr als siebenstündigen Beratung mit dem Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi und mit den Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstand ein Struktur – und Personalvorschlag unterbreitet, der am Tag darauf durch die Mitglieder des Parteivorstandes bestätigt worden sind.

Nun sprechen die einen von einem Kompromiss, die anderen von einer Erpressungssituation und andere sprechen von Unbehagen.

Eine klare Kritiklinie ist nicht zu erkennen und trotzdem ist Kritik vorhanden. Jedoch reicht sie von dem pauschalen mangelnden Transparenz vorwürfen, über die Kritik, dass der Personalvorschlag so umfangreich ist, bis zum Unverständnis warum es nun zwei quotierte BundesgeschäftsführerInnen und auch noch zwei quotierte Integrationsbeauftragte gibt, bis zur Kritik der Osten ist im Verhältnis der Mitgliedschaft und der finanziellen Leistungsfähigkeit unterrepräsentiert.

Klar, auch über die Personen selbst wird – oft hinter vorgehaltener Hand – debattiert und gefragt: Können die das denn?

Voraussetzung für die Wahl des neuen Parteivorstandes ist die Änderung des Statutes, denn die Umsetzung des Personalvorschlags erfordert die Einführung einer Quotierungsregelung auf unterschiedlichen Hierarchiestufen, die bislang weder gewünscht noch notwendig war. Vielmehr war ursprünglich vorgesehen, die spezifischen Übergangs- und Quotierungsregelungen zur Sicherung des Einflusses der beiden sogenannten Quellparteien WASG und Linkspartei.PDS mittelfristig abzuschaffen.

Hier liegt nun tatsächlich ein erhebliches Sprengstoffpotential. Oder die Frage lautet: Was machen die Delegierten des Bundesparteitages mit dem Strukturvorschlag? Führen wir auf dem Parteitag eine stundenlange Satzungsdebatte und Strukturdebatte oder finden wir zurück zu unserer Aufgabe: Über strategische Aufgaben zu diskutieren und dazu die notwendigen Personen in Verantwortung zu wählen?

Will man das Personal- und Strukturpaket nicht in Frage stellen, ist aus meiner Sicht folgendes erforderlich:

- die Aufgaben der sogenannten Partei- bzw. Parteibildungsbeauftragten sind genau zu definieren und vor allem auf das erforderliche zu begrenzen, um Nebengeschäftsführungen zu vermeiden
- unter Rückgriff auf die erfolgreiche Kooperation von Bodo Ramelow als Wahlkampfleiter 2005 bis 2008 mit dem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch könnte die Aufgaben der beiden BundesgeschäftsführerInnen dergestalt getrennt werden, dass eine als WahlkampfleiterIn und eine als ParteiorganisatorIn fungiert
- die Wahl zweier Bundesgeschäftsführer/-innen bleibt eine Ausnahme.

In den letzten Tagen ist immer wieder eine Mitgliederbefragung in die Diskussion gebracht worden. Die Unterstützung für einen Mitgliederentscheid vor dem Bundesparteitag kann nur folgende Ziele haben:

1. Festzustellen, dass der Parteibildungsprozess der Partei DIE LINKE in den vergangenen Jahren erfolgreich verlaufen ist. Die jüngsten Debatten haben jedoch gezeigt, dass die in

einem Mitgliederentscheid (Urabstimmung) beschlossenen Regeln einer Erweiterung bedürfen, um den Prozess erfolgreich abschließen zu können.

2. Dem Parteitag zu signalisieren, die Partei wünscht die und die Struktur oder lehnt sie ab.

3. Die Debatten zur Struktur möglichst vor der heißen Wahlkampfphase in NRW über ein solches Mitgliedervotum beenden zu können.

4. Es verschafft etwas mehr Sicherheit für den Ablauf des Bundesparteitages selbst und die dann notwendigen Mehrheiten für die Personalentscheidungen. Der Landesvorstand hat sich gestern Abend damit beschäftigt und folgenden Beschluss gefasst.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns heute Caren und Werner eingeladen um mit beiden ins Gespräch zu kommen. Beide werden nach mir sprechen und dann ist eine offene Debatte zum Strukturvorschlag, zu einer Beteiligung an einem Mitgliederentscheid geplant.

Innerhalb des Landesverbandes ist in den letzten Wochen immer wieder der Wunsch geäußert worden wir sollten/müssten die politische Bildungsarbeit der Mitglieder viel mehr in den Mittelpunkt unsere Arbeit stellen, dazu gibt es den Antrag 2 – 039. In dem Zusammenhang möchte ich Heinz Hillebrand, Mitglied der Kommission für politische Bildung beim Parteivorstand aber auch Enrico Stange und Hans-Georg Trost begrüßen. Alle drei werden nach unserem ersten Tagesordnungspunkt sprechen.

Wie schon erwähnt, wollen wir euch heute vorschlagen eine Verfassungsbeschwerde des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen gegen das Sächsische Versammlungsgesetz zu beschließen, dazu wird dann Klaus Bartl sprechen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken die sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Protestaktionen am 13. Februar 2010 in Dresden beteiligt haben. Viele Mütter und Väter hat dieser Erfolg. Die Partei und die Landtagsfraktion haben bei dieser Aktion hervorragend und beispielhaft zusammengearbeitet.

Welche Schlussfolgerungen wir für weitere Aktionen dieser Art oder in Vorbereitung auf 2011 treffen haben wir gestern Abend im Landesvorstand besprochen.

Eine wichtige Entscheidung für die Landespartei müssen wir heute auch noch treffen. Die Entscheidung über den Haushaltsplan 2010. Er ist deswegen als „letzter“ Tagesordnungspunkt eingeordnet weil an dieser Abstimmung die Mitglieder des Fraktionsvorstandes nicht mehr stimmberechtigt sind und sie eigentlich unsere Veranstaltung verlassen könnten, es sind also eher pragmatische Gründe und haben nichts mit der Wertigkeit der Finanzfrage zu tun. So, ich denke jetzt habe ich euch auf unsere Beratung eingestimmt und unsere gemeinsame Beratung ist hiermit eröffnet.